

# Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2006

---

Eine Untersuchung  
der Creditreform  
Wirtschaftsforschung

  
**Creditreform**

## INHALT

## SEITE

<b>1</b>	<b>Insolvenzen</b>	<b>1</b>
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2006	1
1.2	Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen	4
1.3	Unternehmensinsolvenzen im konjunkturellen Umfeld	6
1.4	Konjunktur und Insolvenzgeschehen	8
1.5	Parameter insolventer Unternehmen	13
1.6	Exkurs: Creditreform Bonitätsatlas	16
1.7	Insolvenzen und die Schäden	19
1.8	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	21
1.9	Finanzierung und Insolvenzen	23
1.10	Große Firmeninsolvenzen	26
<b>2</b>	<b>Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen</b>	<b>30</b>
2.1	Gründungsbilanz	30
2.2	Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung	34
2.3	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern	35
<b>3</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>39</b>

## ■ 1 Insolvenzen

### 1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2006

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen geht das dritte Jahr in Folge – und dies deutlich – zurück. Um 15,1 Prozent verringerte sich im Jahr 2006 das Insolvenzaufkommen der Betriebe. In diesem Jahr werden insgesamt 31.300 Insolvenzen zu beklagen sein – 2005 waren es 36.850.

Anders verläuft die Entwicklung bei den Privatpersonen: 89.700 Verbraucheranträge und 32.100 Insolvenzen von ehemals Selbstständigen, natürlichen Personen als Gesellschafter sowie überschuldeten Nachlässen sind zu veranschlagen. Das entspricht einem Anstieg um 22,1 Prozent. Insbesondere die Insolvenzen von Verbrauchern steigen nach wie vor stark an: 89.700 Privatpersonen stellen im laufenden Jahr einen Antrag auf Restschuldbefreiung, das sind 30,2 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

***Insolvenzen: Unternehmen rückläufig – Verbraucher steigend***

Insgesamt belaufen sich die Insolvenzen im Jahr 2006 auf 153.100 Fälle, was einem Anstieg von 12,1 Prozentpunkten im Jahresverlauf entspricht (2005: 136.570 Fälle).

**Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland**

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006 *)	153.100	+ 12,1%	31.300	- 15,1%	89.700	+ 30,2%	32.100	+ 4,2%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*\*) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Der Langzeitchart verdeutlicht die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen innerhalb der letzten zwölf Jahre: Während von 1994 bis zum Jahr 1998 ein stetiger Anstieg zu verzeichnen war, verharrten die Unternehmensinsolvenzen anschließend bis zum Jahr 2000 in etwa auf dem gleichen Niveau um anschließend stark anzusteigen. Den Höhepunkt der Unternehmensinsolvenzen markiert das Jahr 2003, als knapp 40.000 Pleiten zu zählen waren. Seit diesem Zeitpunkt entwickelt sich das Insolvenzaufkommen rückläufig.



### ***Längerfristige Besserung?***

Die Unternehmensinsolvenzen sind in Ostdeutschland stärker rückläufig als im Westen. Während im Osten eine Abnahme um 17,3 Prozent auf 7.300 betroffene Unternehmen zu verzeichnen ist (Vorjahr: 8.830), gehen die Unternehmenspleiten in Westdeutschland um 14,3 Prozent auf 24.000 Fälle zurück (Vorjahr: 28.020).

**Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland**

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006 *)	115.100	+ 11,1%	24.000	- 14,3%	68.200	+ 26,7%	22.900	+ 5,0%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Insolvenzen von Verbrauchern steigen dagegen in Ostdeutschland ungleich stärker an als im Westen: In den neuen Bundesländern meldeten 21.500 Verbraucher ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch den Gerichten, was einer Zunahme um 42,5 Prozent entspricht (Vorjahr: 15.090). In den alten Bundesländern sind 2006 68.200 Verbraucherinsolvenzen zu zählen – das entspricht einem Anstieg von 26,7 Prozent (Vorjahr: 53.810). Die sonstigen Insolvenzen steigen in Westdeutschland um moderate 5,0 Prozent auf 22.900 Fälle an, in Ostdeutschland sind aktuell 9.200 sonstige Insolvenzen zu verzeichnen, was einem Anstieg von 2,1 Prozent entspricht.

**Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland**

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006 *)	38.000	+ 15,4%	7.300	- 17,3%	21.500	+ 42,5%	9.200	+ 2,1%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen steigt im Verlauf des Jahres 2006 in den alten Bundesländern um 11,1 Prozent auf 115.100 Fälle, in den neuen Bundesländern liegt sie aktuell bei 38.000, was einem Anstieg um 15,4 Prozent entspricht.

## 1.2 Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Insolvenzen von natürlichen Personen steigt mit 22,1 Prozent nach wie vor deutlich an. Insgesamt 121.800 vornehmlich Verbraucher, aber auch ehemals selbstständig Tätige und Gesellschafter von Unternehmen, streben im laufenden Jahr die Restschuldbefreiung an, die sich an das Ende der sechsjährigen Wohlverhaltensperiode anschließt. Dass die Steigerungsraten sich dennoch – im Vergleich zu den Vorjahren – nicht mehr ganz so deutlich nach oben entwickeln, dürfte weniger an einer sich abzeichnenden Entspannung der Lage liegen, als vielmehr an der völligen Auslastung der Gerichte, die noch mehr Verfahren nicht bewältigen können. Nach jüngsten Berechnungen von Creditreform gelten 3,4 Millionen Haushalte in Deutschland als überschuldet. Anders ausgedrückt: 7,2 Millionen Deutsche oder gut jeder zehnte erwachsene Einwohner ist überschuldet. Vor diesem Hintergrund ist die Zahl von 121.800 Betroffenen zu sehen.

### *Vor dunklem Hintergrund*

Tab. 4: Private Insolvenzen in Deutschland

■	2006 *)	2005	Veränd. in Prozent
Verbraucher	89.700	68.900	+ 30,2
ehemals Selbstständige	27.200	24.740	+ 9,9
Sonstige	4.900	6.080	- 19,4
Gesamt	121.800	99.720	+ 22,1

\*) von Creditreform geschätzt

Etwa 90 Prozent der Verbraucherinsolvenzen sind Nullplanverfahren, in denen weder eine Gläubigerbefriedigung stattfindet, noch die Gerichtskosten durch die Schuldner aufgebracht werden können.

Die Folge: Die Länder zahlen die Gerichtskosten, die sich pro Verfahren auf etwa 2.500 Euro belaufen.

Das Bundesjustizministerium unter der Leitung von Brigitte Zypries hat jüngst einen Vorschlag zur Reformierung des Verbraucherinsolvenzverfahrens vorgelegt, der nun den Ländern zur Stellungnahme weitergereicht wurde und frühestens Ende 2007 in Kraft treten kann. Kernpunkt ist die Abschaffung des eigentlichen Verbraucherinsolvenzverfahrens, in massearmen Fällen, das als zu teuer und bürokratisch empfunden wird. Wenn keine die Verfahrenskosten deckende Masse vorhanden ist, soll künftig eine Abweisung mangels Masse erfolgen. Damit sei das Verfahren für den Schuldner jedoch nicht beendet, sondern es werde lediglich die Stufe des eröffneten Insolvenzverfahrens übersprungen und unmittelbar in das Restschuldbefreiungsverfahren übergeleitet, so der Entwurf.

Im Gegenzug soll der Schuldner in „einem bescheidenen Umfang“ – nämlich in Höhe von 13 Euro pro Monat – an den Verfahrenskosten beteiligt werden. Der Vorteil dieser neuen Regelung liegt in der enormen Kostenersparnis – der Entwurf geht davon aus, dass die Kosten für die Länder auf 800 Euro pro Verfahren reduziert werden können. Den Ländern andererseits geht der Entwurf nicht weit genug: Sie hatten gefordert, den Treuhänder abzuschaffen, der dem Schuldner für die Dauer der Wohlverhaltensperiode zur Seite gestellt wird, um die ordnungsgemäße Abwicklung des Verfahrens zu kontrollieren. Außerdem solle die Wohlverhaltensperiode in masselosen Verfahren auf acht Jahre ausgedehnt werden. Diese Regelung über das so genannte „Zwei-Klassen-Modell“ war wiederum in der Wissenschaft auf heftige Widerstände gestoßen.

### ***Eckpunkte einer Reform liegen vor***

Wünschenswert wäre, wenn das bei den Ländern eingesparte Geld zumindest teilweise den Schuldnerberatungsstellen zur Verfügung gestellt würde, um personelle Aufstockungen vornehmen zu können. Überschuldete Personen warten bis zu anderthalb Jahre auf einen Beratungstermin – wichtige Zeit, in der sich in der Regel die finanzielle Situation weiter verschlechtert. Würde hier früher mit der Beratung eingesetzt

werden, könnte mit Sicherheit die ein oder andere Privatinsolvenz vermieden werden.

Insgesamt berücksichtigt der Entwurf nach wie vor die Gläubigerinteressen zu wenig. Immer noch wird von Gläubigern erwartet, sich aktiv über den Stand des Verfahrens und ihrer Forderung auf dem Laufenden zu halten. Die 13 Euro „Eigenbeteiligung“ sind eher als „good will“ anzusehen und werden nach Abzug des Verwaltungsaufwandes kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein sein.

### **1.3 Unternehmensinsolvenzen im konjunkturellen Umfeld**

Die deutsche Konjunktur zeigt derzeit eine eindrucksvolle Dynamik: Die Wirtschaftsleistung ist in den ersten beiden Quartalen 2006 mit 0,8 Prozent und 1,1 Prozent so stark gestiegen wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr, und der Aufschwung setzt sich fort: Das BIP stieg im dritten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Die Wachstumsimpulse kommen mittlerweile sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland, was insbesondere den kleinen – binnenmarktorientierten - Unternehmen zugute kommt. Im kommenden Jahr wird sich die Konjunktur wohl abschwächen, insoweit sind sich die Experten einig. Insbesondere die schwer einzuordnenden Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung, die Entwicklung der Energiepreise und die Weltwirtschaftskonjunktur gelten als Risiken.

#### ***Stabile Konjunktur***



Tab. 5: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2006 \*)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Steigerung gegenüber dem Vorjahr
<b>Verarb. Gew.</b>			
West	2.710 ( 3.110)	11,3 (11,1)	- 12,9
Ost	740 ( 900)	10,1 (10,2)	- 17,8
Deutschland	3.450 ( 4.010)	11,0 (10,9)	- 14,0
<b>Bau</b>			
West	4.100 ( 5.300)	17,1 (18,9)	- 22,6
Ost	1.930 ( 2.460)	26,4 (27,9)	- 21,5
Deutschland	6.030 ( 7.760)	19,3 (21,1)	- 22,3
<b>Handel</b>			
West	5.090 ( 5.990)	21,2 (21,4)	- 15,0
Ost	1.450 ( 1.610)	19,9 (18,2)	- 9,9
Deutschland	6.540 ( 7.600)	20,9 (20,6)	- 13,9
<b>Dienstleist.</b>			
West	12.100 (13.620)	50,4 (48,6)	- 11,2
Ost	3.180 ( 3.860)	43,6 (43,7)	- 17,6
Deutschland	15.280 (17.480)	48,8 (47,4)	- 12,6
<b>Gesamt</b>			
West	24.000 (28.020)	100,0 (100,0)	- 14,3
Ost	7.300 ( 8.830)	100,0 (100,0)	- 17,3
Deutschland	31.300 (36.850)	100,0 (100,0)	- 15,1

\*) von Creditreform geschätzt, ( ) = Vorjahresangaben

Der deutliche Rückgang der Unternehmensinsolvenzen wird maßgeblich von der Entwicklung in der Bauwirtschaft geprägt. Um 22,3 Prozent auf 6.030 (Vorjahr: 7.760) betroffene Unternehmen gingen die Zusammenbrüche im Bau zurück. Der Rückgang spiegelt die konjunkturelle Entwicklung der Bauunternehmen wider. Nach mehr als zehnjähriger Talfahrt befindet sich die Baubranche im Aufwind. Die Zahl der am Bau Beschäftigten sank in dieser Zeit von ehemals 1,4 Millionen auf 700.000 ab, die Bauwirtschaft schrumpfte jedes Jahr um durchschnittlich drei Prozent und war maßgeblich daran beteiligt, dass die deutsche Wirtschaft in dieser Zeit nicht stärker wuchs. Ursachen waren die Überproduktion im Wohnungsbau in den frühen neunziger Jahren, die geringe Nachfrage im Wirtschaftsbau wegen des Einbruchs der Gewerbeimmobilien und der Verlagerung von Produktionen ins Ausland sowie der Investitionsstau aufgrund der Finanznot der öffentlichen Hand.

Jetzt deuten die Zeichen auf Umkehr: Im Wirtschaftsbau, im öffentlichen Bau und auch im Wohnungsbau

### ***Bau bestimmt Insolvenzgeschehen***

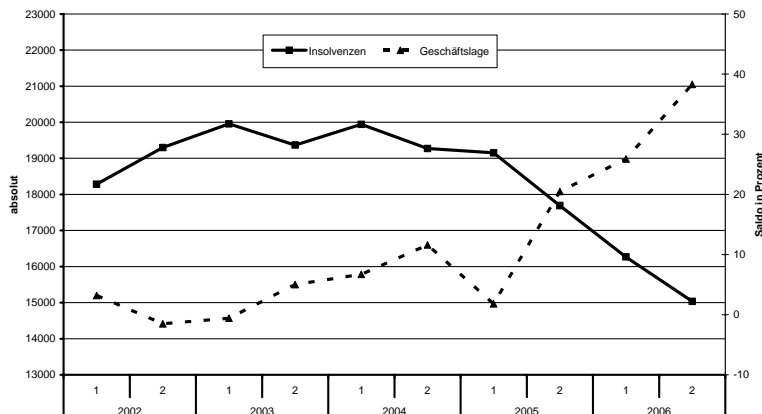
füllen sich die Auftragsbücher, nach Angaben des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie wird sich das Umsatzwachstum dieses Jahr auf zwei Prozent verdoppeln und der Stellenabbau ist gestoppt. Fraglich bleibt indes, ob es sich tatsächlich um einen tragfähigen Aufschwung oder nur um ein Zwischenhoch handelt. Die Mehrwertsteuererhöhung wird für ein Vorziehen der notwendigen Sanierungen und Reparaturen gesorgt haben, die nächstes Jahr wegfallen. Die Erholung des Wohnungsbaus beruht ebenfalls maßgeblich auf einem Vorzieheffekt, nämlich dem Wegfall der Eigenheimzulage. Hoffnungsträger bleiben dagegen nach wie vor die Aufträge aus der gewerblichen Wirtschaft, deren Investitionsbereitschaft von einem gewaltigen Nachholbedarf zeugt. Von ihnen wird es ganz entscheidend abhängen, ob auch noch am Ende des Jahres 2007 von einer rückläufigen Insolvenzentwicklung im Baugewerbe zu berichten ist.

#### **1.4 Konjunktur und Insolvenzgeschehen**

Makroökonomische Schwankungen wirken sich auf die Stabilität der Unternehmen aus. Dies gilt insbesondere für konjunkturelle Entwicklungen. Hinzu kommen Bewegungen auf den Kredit- und Kapitalmärkten. Hierzu wird im entsprechenden Kapitel Näheres ausgeführt. Im Folgenden wird zunächst der Zusammenhang zwischen konjunktureller Entwicklung und der Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen nachgezeichnet. Als Indikator für die konjunkturelle Situation wird der Saldo aus positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage aus den Creditreform Unternehmensbefragungen zur Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand herangezogen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wird auf der linken, der Indikator zur Geschäftslage auf der rechten Achse abgebildet. Ferner ist zu beachten, dass die dem Konjunkturindikator zugrunde liegenden Befragungsergebnisse in der Mitte des Halbjahres vorliegen und damit etwa drei Monate vor Feststellung der Insolvenzzahlen („Time Lag“).

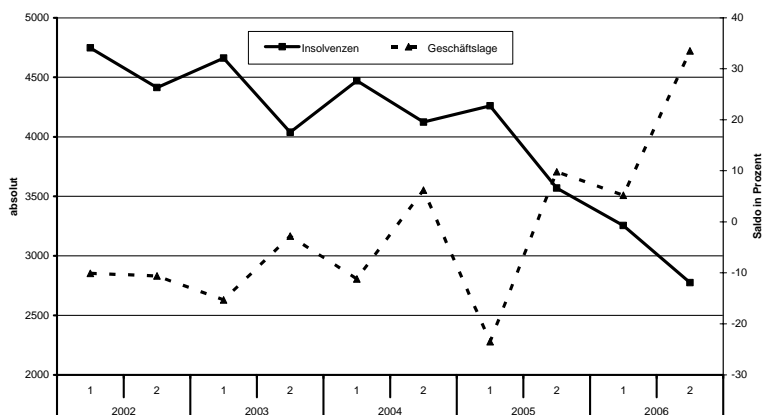
***Nicht Konjunktur, sondern  
Konjunkturen in den  
Wirtschaftsbereichen***

Grafik 2: Insolvenzen und Geschäftslage im Branchendurchschnitt



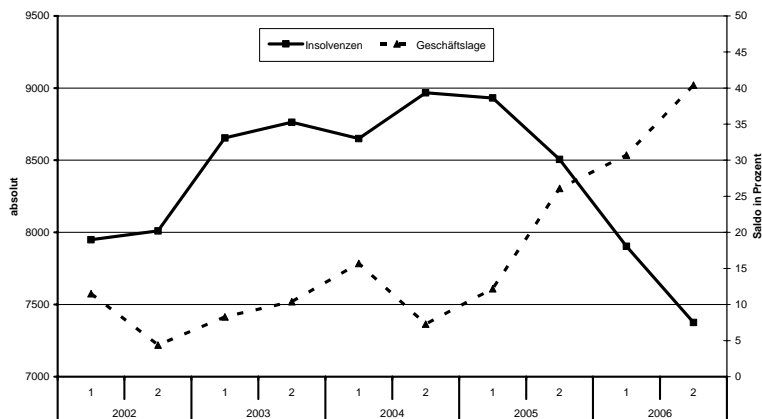
Es zeigt sich zunächst, dass in Halbjahren mit niedrigen Salden zur Geschäftslage, also mäßiger Konjunktur, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen höher ist. Dies gilt insbesondere für den rezessiven Zeitraum bis ins Jahr 2005.

Grafik 3: Insolvenzen und Geschäftslage im Bereich Bau



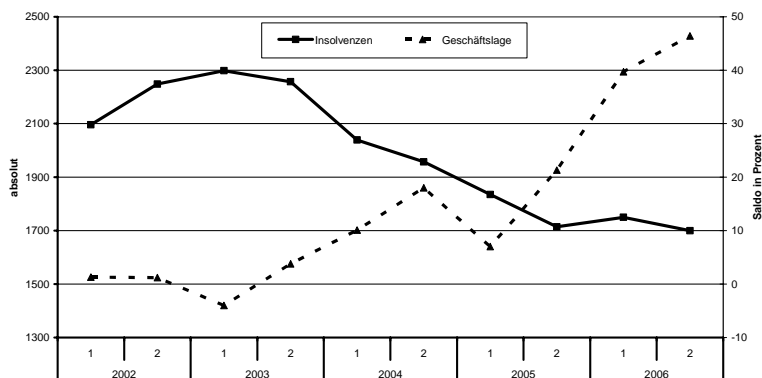
An mehreren Stellen wird deutlich, dass sich zwischenzeitliche Ausschläge nach oben oder unten auf der jeweils anderen Linie spiegeln. Dies ist insbesondere in der Abbildung für das Baugewerbe oder bei den Dienstleistungen im Jahr 2004 zu erkennen. Dadurch kann auf einen engen Zusammenhang zwischen Konjunktur und Insolvenzentwicklung mit der bereits angesprochenen, relativ kurzen, Zeitverzögerung geschlossen werden.

Grafik 4: Insolvenzen und Geschäftslage im Bereich Dienstleistungen



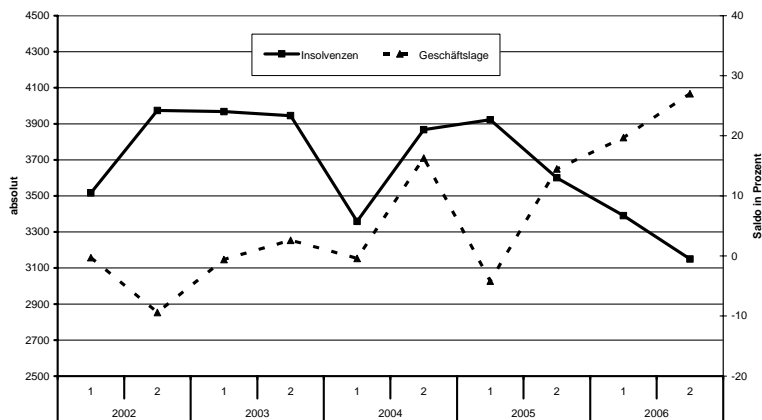
Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hebt sich von den anderen etwas ab. Hier setzt bereits zu Beginn des Jahres 2003 ein starker konjunktureller Aufwärtstrend ein, der nur im ersten Halbjahr 2005 unterbrochen wird, und die Zahl der Insolvenzen geht ab dem Jahresende 2003 deutlich zurück.

Grafik 5: Insolvenzen und Geschäftslage im Bereich Verarbeitendes Gewerbe



Die Beziehung zwischen beiden Größen lässt sich auch aus dem Verlauf der beiden Linien am aktuellen Rand folgern. Ab dem zweiten Halbjahr 2005 gewinnt der konjunkturelle Aufschwung an Fahrt und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen geht in allen vier Wirtschaftsbereichen vergleichsweise deutlich zurück. In den Abbildungen ist eine sich öffnende Schere erkennbar.

Grafik 6: Insolvenzen und Geschäftslage im Bereich Handel



Die Beobachtungen aus dem Vergleich der Unternehmensinsolvenzen mit dem Saldo für die Geschäftslage bestätigen sich, wenn man Indikatoren aus anderen Quellen, etwa der amtlichen Statistik, hinzuzieht. So offenbaren die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe mit der Zahl der Unternehmensinsolvenzen in diesem Hauptwirtschaftsbereich einen ähnlich starken Zusammenhang.

Trotz der überdurchschnittlichen Insolvenzurückgänge im Baugewerbe bleibt diese Branche der risikobehafteteste Bereich der Hauptwirtschaftsbereiche. 196 Insolvenzen pro 10.000 existierende Unternehmen verzeichnet diese Branche – im letzten Jahr lag der Wert allerdings noch bei 252. Am wenigsten unter Insolvenzen zu leiden haben traditionell die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Hier nahm die relative Insolvenzbetroffenheit im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ab, und zwar von 109 auf 94 Insolvenzen pro 10.000 Betriebe.

**Tab. 6: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen  
in Deutschland 2006**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	94 (109)
Baugewerbe	196 (252)
Handel	93 (108)
Dienstleistungen	97 (111)
<b>Gesamt</b>	<b>106 (125)</b>
hierunter:	
Westdeutschland	98 (115)
Ostdeutschland	141 (171)

( ) = Vorjahresangaben

\*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Nach wie vor ist die Risikoquote in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, allerdings verringert sich der Abstand zwischen Ost und West: Lag die Risikoquote im Osten im vergangenen Jahr noch bei 171, schrumpfte sie aktuell auf 141; im Westen waren 2005 115 Unternehmen von 10.000 existierenden in die Insolvenz gegangen, aktuell sind es noch 98.

Tabelle 7 zeigt für jeden Hauptwirtschaftsbereich die Sektoren, die eine deutlich überdurchschnittliche Insolvenzquote aufweisen.

**Tab. 7: Risikobehaftete Branchen in Deutschland**

■	Insolvenz- quote
<b><u>Verarbeitendes Gewerbe</u></b>	
Herstellung von konfektionierten textilen Artikeln für die Innenausstattung	299
Stahl- und Leichtmetallbau	292
Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen	275
<b><u>Bau</u></b>	
Abbruch-, Spreng- und Entrümmerungsgewerbe	740
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	536
Gerüstbau	511
<b><u>Handel</u></b>	
Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchsgütern	476
Einzelhandel mit Getränken	418
Einzelhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild	388
<b><u>Dienstleistung</u></b>	
private Paketdienste	693
private Kurierdienste	619
erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr	553

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

## 1.5 Parameter insolventer Unternehmen

Trotz des Niedergangs einiger populärer Großunternehmen auch in diesem Jahr ist der Trend klar: Von Insolvenzen betroffen sind zunehmend kleine mittelständische Unternehmen. In den Umsatzgrößenklassen unter 0,1 Millionen Euro und bis zu 0,25 Millionen Euro sind deutliche Zuwächse von insgesamt 3,7 Prozentpunkten zu verzeichnen. Den höchsten Anteil am Insolvenzaufkommen – trotz eines Rückgangs um 2,9 Prozentpunkte auf 30,7 Prozent – haben nach wie vor Betriebe mit einem jährlichen Umsatzvolumen zwischen 500.000 und 5,0 Millionen Euro.

**Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2006 \*)  
für Gesamtdeutschland in Mio. Euro**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.100 ( 7.480)	22,7 ( 20,3)
> 0,1 – 0,25	7.640 ( 8.510)	24,4 ( 23,1)
> 0,25 – 0,5	5.670 ( 6.780)	18,1 ( 18,4)
> 0,5 – 5,0	9.610 (12.380)	30,7 ( 33,6)
> 5,0 – 25,0	1.130 ( 1.510)	3,6 ( 4,1)
> 25,0 – 50,0	90 ( 110)	0,3 ( 0,3)
> 50,0	60 ( 80)	0,2 ( 0,2)
Gesamt	31.300 (36.850)	100,0 (100,0)

\*) Creditreform-Schätzung, ( ) = Vorjahresangaben

Insolvenzgefährdet sind Betriebe insbesondere in den ersten vier Jahren ihres Bestehens. Dieser Anteil erhöhte sich im Jahresverlauf noch einmal um 0,7 Prozentpunkte auf 31,9 Prozent. Zugenommen hat aber auch der Anteil der insolventen „Traditionsunternehmen“, die bereits seit mehr als zehn Jahren am Markt sind, und zwar von 34,1 Prozent im Jahr 2005 auf aktuell 35,0 Prozent.

**Tab. 9: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2006**

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	16,2 (15,6)	12,7 (13,1)	15,5 (15,0)
3 bis 4 Jahre	16,8 (16,4)	14,8 (15,5)	16,4 (16,2)
5 bis 6 Jahre	13,1 (14,2)	12,8 (14,8)	13,1 (14,3)
7 bis 8 Jahre	11,1 (18,9)	13,1 (12,8)	11,5 (11,3)
9 bis 10 Jahre	8,2 ( 8,5)	9,8 (10,9)	8,5 ( 9,0)
über 10 Jahre	34,6 (34,5)	36,8 (32,9)	35,0 (34,1)

Angaben in Prozent, ( ) = Vorjahresangaben

**Tab. 10: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen**

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	77,7 (75,7)	75,4 (73,2)	77,3 (75,2)
6 – 10 Personen	10,2 (10,8)	11,5 (12,9)	10,5 (11,3)
11 – 20 Personen	6,2 ( 6,8)	7,2 ( 8,0)	6,4 ( 7,0)
21 – 50 Personen	4,0 ( 4,4)	4,4 ( 4,5)	4,1 ( 4,5)
51 – 100 Personen	1,3 ( 1,4)	1,0 ( 1,0)	1,2 ( 1,3)
> 100 Personen	0,6 ( 0,8)	0,4 ( 0,4)	0,6 ( 0,7)

Angaben in Prozent, ( ) = Vorjahresangaben



Wie schon bei den Umsatzgrößenklassen zu vermuten war, steigt der Anteil der Mikrobetriebe am Insolvenzgeschehen weiter an. Insgesamt 77,3 Prozent (Vorjahr: 75,2 Prozent) des Insolvenzgeschehens machen Unternehmen aus, die bis zu fünf Mitarbeiter beschäftigen. Abgenommen haben dementsprechend die Insolvenzen von größeren Mittelständlern (mehr als 100 Beschäftigte um 0,1 Prozentpunkte auf 0,6 Prozent; 51 bis 100 Beschäftigte ebenfalls um 0,1 Prozentpunkte auf 1,2 Prozent). Am deutlichsten abgenommen hat aber die Zahl der insolventen Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten, nämlich um 0,8 Prozentpunkte auf 10,5 Prozent.

**Tab. 11: Insolvenzen nach Rechtsformen 2006**

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,4 ( 3,0)	2,7 ( 2,1)	3,2 ( 2,8)
Kleingewerbetreibende	50,0 (45,9)	61,1 (58,5)	52,3 (48,6)
BGB-Gesellschaft	1,1 ( 1,1)	1,3 ( 1,5)	1,1 ( 1,2)
Einzelfirma	4,6 ( 4,5)	2,1 ( 2,1)	4,1 ( 4,0)
OHG	0,4 ( 0,4)	0,2 ( 0,2)	0,3 ( 0,3)
KG	0,6 ( 0,6)	0,4 ( 0,4)	0,6 ( 0,6)
GmbH & Co. KG	4,1 ( 4,2)	2,1 ( 2,4)	3,7 ( 3,8)
GmbH	34,6 (39,2)	28,7 (31,4)	33,4 (37,5)
AG	0,8 ( 0,8)	0,4 ( 0,4)	0,7 ( 0,7)
eG	0,0 ( 0,0)	0,3 ( 0,2)	0,1 ( 0,1)
eV	0,5 ( 0,4)	0,7 ( 0,8)	0,5 ( 0,5)

Quelle: Creditreform-Datenbank; Angaben in Prozent

Die These von der dominierenden Insolvenzbetroffenheit kleiner KMU wird auch durch die Aufstellung nach Rechtsformen untermauert: Während die Insolvenzen von Freiberuflern (plus 0,4 Prozentpunkte auf 3,2 Prozent), Kleingewerbetreibenden (plus 3,7 Prozentpunkte auf 52,3 Prozent) und Einzelunternehmen (plus 0,1 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent) zunehmen, stagnieren die Zahlen bei allen anderen Rechtsformen oder gehen zurück. Bei den GmbH etwa verringerte sich das Insolvenzaufkommen um 4,1 Prozentpunkte auf 33,4 Prozent.

## 1.6 Exkurs: Creditreform Bonitätsatlas

Der Bonitätsatlas bildet die regionale Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen in Deutschland ab und kann als ein Indikator für die Risikostruktur von Unternehmen und Branchen nach Bundesländern, Kreisen, Gemeinden und Postleitzahlgebieten verstanden werden. Der Bonitätsatlas setzt sich aus Unternehmen sämtlicher Alters-, Größen- und Rechtsformklassen über alle Branchen zusammen. Sämtliche Unternehmen in den Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland werden – dem Schulnotenprinzip folgend – in sechs Risikoklassen unterteilt, die auf dem Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) basieren, der die Ausfallwahrscheinlichkeit der Unternehmen in einer Region misst. Dabei gelten für Unternehmen folgende Negativmerkmale:

- unternehmerisches Insolvenzverfahren
- Insolvenzverfahren von unternehmerisch tätigen Personen
- sonstige Insolvenzverfahren (etwa Nachlässe)
- Eidesstattliche Versicherungen und Haftanordnungen unternehmerisch tätiger Personen

Berechnet wird er, indem man die Zahl der Unternehmen mit Negativmerkmalen durch die Zahl der Unternehmen in der Region teilt. Der durchschnittliche Risikoindikator für alle Unternehmen in ganz Deutschland liegt im Jahr 2006 (Berechnung erfolgte zum Stichtag 30.6.2006 und wurde für das Gesamtjahr hochgerechnet) bei 2,29 Prozent – im Gesamtjahr 2005 lag er noch bei 2,42 Prozent.

## ***Gefährdung in Regionen***

**Tab. 12: Bonitätsatlas auf Bundeslandebene**

■	1. Halbjahr 2006 (mit Hochrechnung)	Jahr 2005
Bayern	1,58	1,76
Baden-Württemberg	1,83	2,00
Hamburg	1,91	1,93
Saarland	2,23	2,12
Hessen	2,27	2,25
Rheinland-Pfalz	2,33	2,41
Schleswig-Holstein	2,41	2,50
Thüringen	2,46	2,79
Bremen	2,50	2,79
Sachsen	2,55	2,70
Nordrhein-Westfalen	2,57	2,59
Niedersachsen	2,66	2,78
Brandenburg	2,71	3,13
Mecklenburg-Vorp.	2,82	2,86
Berlin	3,04	3,45
Sachsen-Anhalt	3,14	3,42
<b>Westdeutschland</b>	<b>2,17</b>	<b>2,26</b>
<b>Ostdeutschland</b>	<b>2,77</b>	<b>3,05</b>
<b>Gesamt</b>	<b>2,29</b>	<b>2,42</b>

Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) in Prozent

Im Ranking der Bundesländer liegt Bayern (CRI: 1,58 Prozent) vor Baden-Württemberg (1,83 Prozent) und Hamburg (1,91 Prozent). Die meisten insolvenzgefährdeten Betriebe finden sich Sachsen-Anhalt (3,14 Prozent), Berlin (3,04 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (2,82 Prozent).

Betrachtet man sämtliche Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, so ergibt sich, dass die Unternehmen in Coburg am wenigsten insolvenzgefährdet sind. Der Risikoindikator liegt für das Jahr 2006 bei 0,76 Prozent (Vorjahr: 1,24 Prozent). Auf Platz zwei und drei folgen Garmisch-Partenkirchen mit einem Risikoindikatorwert von 0,92 Prozent (Vorjahr: 1,22 Prozent) und Lindau am Bodensee mit einem Indikatorwert von 0,94 (Vorjahr: 1,62 Prozent).

**Tab. 13: Die zehn Kreise mit dem niedrigsten  
Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)**

■	1. Halbjahr 2006 (mit Hochrechnung)	Jahr 2005
Coburg, Stadt	0,76	1,24
Garmisch-Partenkirchen	0,92	1,22
Lindau (Bodensee)	0,94	1,62
München	0,98	1,04
Fürstentfeldbruck	1,03	1,14
Unterallgäu	1,05	1,37
Main-Spessart	1,06	1,45
Ostalbkreis	1,09	0,76
Straubing, Stadt	1,10	2,24
Heidenheim	1,16	0,65

CRI in Prozent

**Tab. 14: Die zehn Kreise mit dem höchsten  
Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)**

■	1. Halbjahr 2006 (mit Hochrechnung)	Jahr 2005
Aschersleben-Staßfurt	5,06	3,98
Osterode am Harz	4,30	3,05
Holzminden	4,09	3,87
Magdeburg	3,97	3,73
Rügen	3,85	2,93
Herne, Stadt	3,82	3,25
Wittenberg	3,81	3,43
Rostock	3,70	3,57
Worms, Stadt	3,58	2,92
Delmenhorst, Stadt	3,55	3,92

CRI in Prozent

Der Kreis mit den meisten insolvenzgefährdeten Unternehmen ist Aschersleben-Staßfurt in Sachsen-Anhalt mit einem Risikoindikator von 5,06 Prozent (Vorjahr: 3,98 Prozent). Außerdem gehören zu den am meisten insolvenzgefährdeten Kreisen Osterode am Harz (CRI: 4,30; Vorjahr: 3,05 Prozent) und Holzminden mit einem CRI von 4,09 Prozent; (Vorjahr: 3,87 Prozent).

Auffällig ist, dass trotz einer generellen Verbesserung der Unternehmensinsolvenzen und insolvenzgefährdeten Unternehmen in Deutschland bei allen drei Kreisen deutliche Verschlechterungen der Situation im Vergleich zum Vorjahr stattgefunden haben. Dies legt den Schluss nahe, dass sich dort, wo generell ein hohes Insolvenzaufkommen vorliegt, die Situation weiter verschärft, während sich in Gebieten mit einer guten Risikostruktur weitere Verbesserungen vollziehen. Der vielbeschworene Begriff vom Prekariat ist also nicht nur auf Privatpersonen anwendbar.

## ***Unternehmerisches Prekariat***

### **1.7 Insolvenzen und die Schäden**

Die Summe der Insolvenzscha'den belauft sich fu'r das Gesamtjahr 2006 auf 31,1 Milliarden Euro. Das sind 6,4 Milliarden Euro weniger als noch im Jahr 2005. Trotz der massiven Zunahme der Verbraucherinsolvenzen verzeichnen die Gesamtscha'den eine ruckla'ufige Entwicklung, was mit dem deutlichen Ru'ckgang der Unternehmensinsolvenzen bei gleichzeitigem Anstieg der von Insolvenzen betroffenen kleinen Betriebe zu erkl'a'ren ist. Eine Unternehmensinsolvenz verursacht einen ungleich ho'heren Schaden als ein Privatpersonenkonkurs. Das Statistische Bundesamt beziffert die durchschnittliche Schadensho'he einer Verbraucherinsolvenz fu'r das Jahr 2005 mit 69.000 Euro. Im Jahr 2004 waren es noch 75.000 Euro. Die durchschnittliche Schadensho'he einer Verbraucherinsolvenz sinkt seit Einfu'hrung der Stundungsl'o'sung kontinuierlich ab. Dies stellt unter umgekehrten Vorzeichen eine positive Nebenerscheinung der Einfu'hrung der Stundungsl'o'sung dar, da nun vermehrt vo'llig mittellose Schuldner ein Insolvenzverfahren beantragen, deren Schuldensumme ha'ufig unter der Schuldenho'he anderer von Insolvenz betroffener Einkommensklassen liegt.

**Tab. 15: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro**

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005	26,7	10,8	37,5
2006 *)	22,4	8,7	31,1

\*) von Creditreform geschätzt

Die Privatwirtschaft ist vom Zusammenbruch eines Unternehmens ungleich stärker betroffen als die öffentliche Hand. So belaufen sich die privaten Schäden (vor allem Forderungsausfälle) für das Gesamtjahr 2006 auf 22,4 Milliarden (Vorjahr: 26,7 Milliarden). Die öffentliche Hand hat demgegenüber ein Schadensvolumen von 8,7 Milliarden zu verkräften. Im letzten Jahr waren es noch 10,8 Milliarden.

**Tab. 16: Private Verluste durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland**

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004	27,5	700.000
2005	26,7	725.000
2006 *)	22,4	716.000

\*) von Creditreform geschätzt

Eine Unternehmensinsolvenz verursacht in etwa einen zehnmal so hohen Schaden wie eine Verbraucherinsolvenz. 716.000 Euro pro „Heimgang“ sind in diesem Jahr zu veranschlagen. Im Jahr 2005 liefen noch Forderungen in Höhe von 725.000 Euro pro Insolvenzfall auf.

Der Pensions-Sicherungs-Verein, der im Falle der Insolvenz eines Arbeitgebers die Betriebsrenten weiter zahlt, hat seinen Beitragssatz für das Jahr 2006 auf 3,1 Promille (Vorjahr: 4,9 Promille) verringert. Damit muss die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr deutlich weniger für die Pensionssicherung insolventer Unternehmen aufbringen als im letzten Jahr. Der Beitragssatz wird bezogen auf die von den Arbeitgebern bis 30. September gemeldete Beitragsbemessungsgrundlage. Dabei handelt es sich um die abgesicherten Rückstellungen für Betriebsrenten in den Bilanzen der Mitgliedsunternehmen (zurzeit mehr als 63.000), die 264 Milliarden Euro betragen. Insgesamt müssen die Mitgliedsunternehmen in diesem Jahr somit rund 818 Millionen Euro (Vorjahr: 1,2 Milliarden Euro) zahlen.

***Sicherungskosten geringer***

Nachdem der Bundestag bereits am 19. Oktober die neuen Vorschriften zur Finanzierung der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung mit breiter Mehrheit verabschiedet hat, hat auch der Bundesrat am 3. November dieser Gesetzesänderung zugestimmt, so dass die Regelung in Kürze in Kraft tritt. Danach werden zukünftig die zu sichernden Anwartschaften nicht – wie bisher – erst im Jahr des Eintritts des Versorgungsfalls, sondern periodengerecht jeweils im Insolvenzjahr durch die Beitragsumlage finanziert, wie dies schon bisher bei den Renten geschieht. Hierdurch soll das Verschieben von Lasten aufgrund bereits eingetretener Insolvenzen in die Zukunft vermieden werden. Außerdem soll die bisher aufgelaufene „Altlast“, die rund 2,2 Mrd. Euro beträgt, über einen Zeitraum von 15 Jahren nachfinanziert werden. Danach wird die erste Rate am 31. März 2007 fällig und beträgt rund 0,6 Promille der Beitragsbemessungsgrundlage des Jahre 2005. Die weiteren Raten sind in gleicher Höhe jeweils am 31. März der Folgejahre fällig.

### **1.8 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen**

Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste beläuft sich für das Jahr 2006 auf 473.000 Betroffene. Das entspricht einem Rückgang von 16,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Bei der Ermittlung der Arbeits-

***Arbeitnehmer geringer betroffen***

platzverluste durch Insolvenzen ist zu berücksichtigen, dass gerade bei Großinsolvenzen die Stellung eines Insolvenzantrages in der Regel nicht das Aus für den gesamten Mitarbeiterstab bedeutet. Vielfach können zumindest Teile des Unternehmens veräußert werden oder Mitarbeiter in Beteiligungsgesellschaften übernommen werden. Andererseits lohnen sich solch aufwändige Vermittlungsbemühungen bei kleineren Betrieben oft nicht, so dass hier eher eine Liquidation des Betriebes durchgeführt wird mit der Folge, dass sämtliche Beschäftigten gezwungen sind, sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen. Der deutliche Rückgang der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste korrespondiert einerseits mit dem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen insgesamt, berücksichtigt ferner aber auch die bereits seit längerem bestehende Tendenz der zunehmenden Betroffenheit kleinerer Betriebe von Insolvenzen.

**Tab. 17: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland**

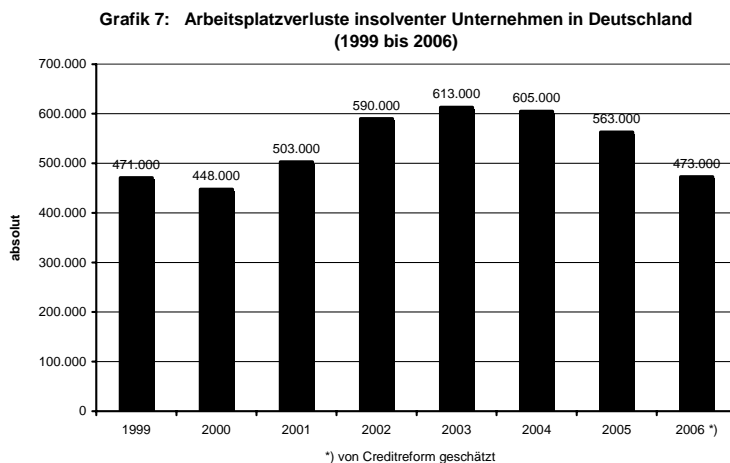
■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006 *)	473.000	-16,0

\*) von Creditreform geschätzt

Als weiterer Anhaltspunkt für die insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste können die veröffentlichten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und des Statistischen Bundesamtes (destatis) dienen. Die BA zählt die bewilligten Anträge auf Insolvenzgeld, die jedem Arbeitnehmer in der vorläufigen Insolvenz eines Unternehmens für längstens drei Monate zustehen. In den Monaten Januar bis Juli 2006 wurden 241.469 Anträge bewilligt. Rechnet man diese Zahl linear hoch, werden im Gesamtjahr 413.946 Personen Insolvenzgeld von der Bundesagentur erhalten.



Destatis zählte in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 82.170 von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffene Beschäftigte, gibt aber selbst an, nicht alle Betroffenen zu erfassen. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2005 waren 115.399 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen, was einem Rückgang von 28,8 Prozent entspricht.

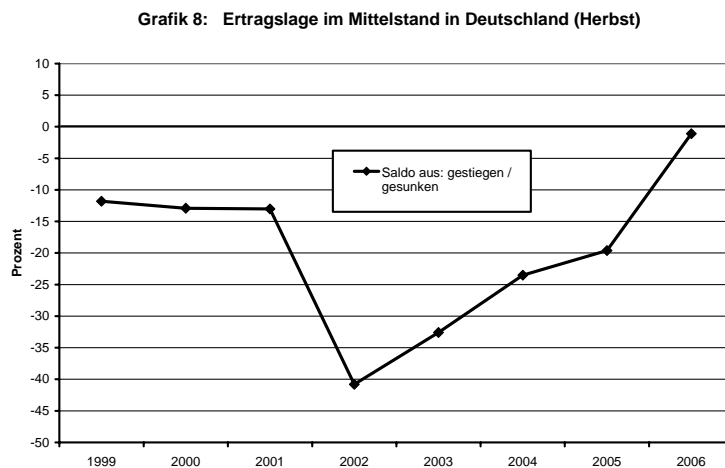


## 1.9 Finanzierung und Insolvenzen

Neben der Konjunktur ist die Finanzierung der Unternehmen ein weiterer Schlüsselfaktor für die Höhe des Insolvenzaufkommens. Im Zuge des weiter voranschreitenden Finanzmarktwandels und der spürbaren konjunkturellen Belebung seit der zweiten Jahreshälfte 2005 haben sich auch die Kreditzugänge für einige Unternehmen erleichtert. Einer aktuellen Studie der KfW zufolge gaben 33 Prozent der befragten Unternehmen an, die Kreditaufnahme sei spürbar schwieriger geworden. Im Jahr zuvor waren es noch 42 Prozent. Dagegen stehen mittlerweile 12 Prozent (Vorjahr: 7 Prozent), die angeben, dass sich die Kreditaufnahme leichter gestalten als noch vor einem Jahr. Der Finanzierungshorizont hellt sich für eine Reihe von Unternehmen wieder auf, was neben den vorbenannten Gründen auch daran liegt, dass sich vermehrt Betriebe an die Erfordernisse in Bezug auf Basel II und die Publizitätspflicht angepasst haben.

Ihre aktuelle Ertragslage schätzen die von Creditreform in jedem Herbst befragten gut 4.000 Unternehmen seit

dem absoluten Tiefpunkt im Jahr 2002 kontinuierlich besser ein als jeweils im Jahr zuvor. Im Jahr 2002 lag der Saldo aus Ertragsrückgängen und Gewinnsteigerungen bei minus 40,8 Prozent. Aktuell kratzt die Saldenkennziffer das erste Mal seit über zehn Jahren wieder an der Nulllinie und liegt bei minus



## **Konsolidierung der Finanzen**

1,1 Prozent. Der Turn-around bei den Unternehmensinsolvenzen folgte dagegen erst zwei Jahre später, nämlich im Jahr 2004, als erstmals ein leichter Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen war (minus 0,5 Prozentpunkte).

Diese anhaltenden Verbesserungen führen zu einer allmählichen Aufstockung der Eigenkapitalbasis, wie Tabelle 18 verdeutlicht. Zwar stagniert die Zahl der Betriebe, die über eine Eigenkapitaldecke von mehr als 30 Prozent verfügen bei 22,1 Prozent (Vorjahr: 22,2 Prozent), allerdings verschieben sich die Zahlen deutlich in den unteren Eigenkapitalklassen. So verringerte sich der Anteil der unterkapitalisierten Betriebe (weniger als 10 Prozent Eigenkapital) um 7,3 Prozentpunkte auf 29,3 Prozent. Die Unternehmen, die es geschafft haben, aus der Unterkapitalisierungszone zu kommen, findet man in den beiden Tabellenspalten darunter: Die Zahl der Unternehmen, die über bis zu 20 Prozent Eigenkapital verfügen, stieg im Jahresverlauf um 4,3 Prozentpunkte auf 30,3 Prozent, die Zahl der Unternehmen, die bis zu 30 Prozent Eigenkapital ihr Eigen nennen, stieg um 3,2 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent. Bei der Verbesserung der Eigenkapitallage wird deut-

lich, dass Unternehmen zunehmend das Gebot der Stunde erkannt haben – eine Eigenkapitalaufstockung bedarf allerdings eines größeren zeitlichen Ablaufs.

**Tab. 18: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme**

■	bis 10%	29,3 (36,6)
	bis 20%	30,3 (26,0)
	bis 30%	18,4 (15,2)
	über 30%	22,1 (22,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Parallel zur positiven Entwicklung der Ertragslage und der Eigenkapitalausstattung reduzierten sich auch die Forderungsausfälle der Unternehmen. Hohe Forderungsverluste von mehr als einem Prozent im Verhältnis zum Umsatz erlitten 15,2 Prozent der Befragten – vor einem Jahr waren es noch 18,5 Prozent. Auch die Zahl der Betriebe, die in den vergangenen sechs Monaten keine Verluste hinzunehmen hatten, stieg im Jahresverlauf um einen Prozentpunkt auf 15,4 Prozent.

**Liquidität verbessert sich**

**Tab. 19: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz**

■	bis 0,1	28,2 (28,6)
	bis 0,5	20,2 (18,3)
	bis 1,0	17,8 (16,8)
	über 1,0	15,2 (18,5)
	keine Verluste	15,4 (14,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Nach Angaben der EZB haben Banken ihre Richtlinien in den vergangenen Quartalen teilweise durch niedrigere Sicherheitserfordernisse, in erster Linie aber durch eine Verringerung der Margen für Kredite gelockert. Dabei blieben die Kreditrichtlinien für Großunternehmen per Saldo weitgehend unverändert, während sie für kleine und mittlere Unternehmen gelockert wurden. Zudem geht die EZB davon aus, dass die Nettonachfrage nach Krediten von kleinen und mittleren Unternehmen auch im vierten Quartal größer bleibt als die von großen Unternehmen. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass kleine Unternehmen wieder

mehr Kredite nachfragen und auch erhalten und sich so ihre Liquidität sichern.

### 1.10 Große Firmeninsolvenzen

Die größte Firmenpleite des laufenden Jahres war zugleich auch ein gewaltiger Betrugsskandal: Mitte Februar 2006 meldete das größte Geldtransporterunternehmen in Deutschland, die **Heross Sicherheitsdienste GmbH**, seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch dem Gericht. Betroffen sind 4.600 Mitarbeiter. Insgesamt ist ein Schaden von 540 Millionen Euro entstanden, der durch mutmaßliche Betrugereien der Führungskräfte verursacht wurde. Im Mai übernahm der US-Finanzinvestor Matlin Patterson das Unternehmen für 13,45 Millionen Euro und führt es unter dem Namen SecurLog weiter.

### *Insolvenz und Betrug*

Die zweitgrößte Firmeninsolvenz des Jahres 2006 schockierte Ende September, als der taiwanesischer Elektronikkonzern **BenQ** völlig überraschend die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über seine deutsche Dependence beantragte. BenQ hatte die Handy-Sparte von Siemens erst im Oktober 2005 zum Nulltarif übernommen und obendrein noch 350 Millionen Euro erhalten. 3.000 Arbeitsplätze in den Handy Werken in München, Kamp-Lintford und Bocholt sind betroffen. Dabei schien am Anfang alles so einfach: Deutsches Know-how, gepaart mit asiatischem Sinn für Lifestyle-Produkte, sollte eine unschlagbare Mischung ergeben. Doch bereits beim Zusammenschluss waren die Handy-Sparten beider Konzerne angeschlagen. Es sind auch und vor allem Managementfehler, die am Ende ins Verderben führten. Der vorläufige Insolvenzverwalter Martin Prager hat mittlerweile ein Konzept vorgelegt, mit dem er Teile von BenQ Mobile retten will. Erste Interessenten soll es bereits geben. Die vorläufige Insolvenz endet am 31.12.2006, bis dahin läuft die Produktion zunächst weiter.

Eine weitere Geldtransportfirma traf es Anfang September: Die Essener **ARNOLDS Sicherheit GmbH** stellte am ersten September einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, nachdem zuvor die

Top-Manager des Unternehmens wegen Untreue verhaftet worden waren. Das ohnehin schwer angeschlagene Unternehmen hatte viele Kunden verloren, nachdem der Verdacht auf Veruntreuung von Firmengeldern bekannt geworden war. Zudem hatte der Arnolds-Versicherer Catlin nach Recherchen der Nachrichtenagentur ddp den Versicherungsvertrag gekündigt. Damit sind Geldtransporte des Unternehmens höchstwahrscheinlich nicht mehr versichert. Das Unternehmen beschäftigte 1.950 Mitarbeiter.

Das Familienunternehmen **Eichholz GmbH & Co. KG** aus Lauda-Königshofen beantragte Mitte August die Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Dem vorläufigen Verwalter Arndt Geiwitz gelang es, innerhalb weniger Tage einen Käufer zu finden – die Strabag. Die Eichholz-Gruppe galt als einer der größten Bahnbauspezialisten in Deutschland und beschäftigte etwa 800 Mitarbeiter. Der Forderungsverzicht des Hauptkunden Deutsche Bahn habe denn auch „maßgeblich zur Fortführung der Geschäfte und zum Erhalt der Jobs beigetragen“, so Geiwitz. Eichholz verfügt über die Lizenz einer US-Firma zum Schienenschleifen und kann damit in ganz Europa tätig werden.

Ein traditionsreicher Autohändler, die **Georg von Opel GmbH**, meldete Mitte Juni wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Insolvenz an. Das Amtsgericht Frankfurt am Main hat am 28.09.2006 das Insolvenzverfahren über die Unternehmensgruppe Georg von Opel eröffnet. Als Insolvenzverwalter wurde Rechtsanwalt Ottmar Herrmann bestellt, der bereits im vorläufigen Insolvenzverfahren den Geschäftsbetrieb der Autohandelsgruppe uneingeschränkt fortgeführt hatte. Vor drei Wochen allerdings wurde die Masseunzulänglichkeit angezeigt. Was mit den 750 Beschäftigten geschieht, ist ungewiss.

Bereits im Januar meldete der Industriebodenhersteller **RINOL AG** aus Renningen den wirtschaftlichen Zusammenbruch aufgrund von Zahlungsunfähigkeit. Im Jahr 2004 war der Umsatz der RINOL Gruppe auf knapp 106 Millionen Euro um mehr als die Hälfte eingebrochen. Der Jahresfehlbetrag lag bei 29,1 Millionen

Euro. Mit 741 hatte sich die Zahl der Beschäftigten halbiert. Mittlerweile ist das Verfahren unter der Leitung von Insolvenzverwalter Rolf Friedrichs eröffnet.

Und ein weiteres Mal ist Siemens – wenn auch nicht direkt – in der Liste der zehn größten Insolvenzen des Jahres präsent. Am ersten August wurde das Insolvenzverfahren über die **FEAG Fertigungscenter für elektrische Anlagen GmbH**, Erlangen, eröffnet. Fraglich an der Sache ist nicht nur, dass ein Unternehmen Pleite geht, an dem Siemens mit 49 Prozent beteiligt ist. Viel ungewöhnlicher ist noch, dass Siemens offenbar nichts tut, um die Insolvenz abzuwenden. Der Technologiekonzern hätte es laut Insolvenzverwalter Siegfried Beck durchaus in der Hand, die FEAG zu retten. Denn die Zukunft der Erlanger Firma hänge „elementar vom Eingang neuer Aufträge ab“, teilte Beck gestern mit. Der Jurist fügte hinzu: „Größter Auftraggeber ist die frühere Muttergesellschaft Siemens.“ Feag baut an acht Standorten elektrotechnische Komponenten für Energieerzeugung, Verkehr und Industrie. Die Firma wurde 1996 als hundertprozentige Tochter von Siemens gegründet. Später trennte sich der Konzern von der Mehrheit. Das Unternehmen beschäftigt 600 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Umsatz von 110 Millionen Euro.

### ***Insolvenzpläne setzen sich durch***

Die jüngste Großinsolvenz liegt erst wenige Tage zurück: Am 17. November beantragte die Modefirma **Hucke AG** aus Lübbecke beim Bielefelder Amtsgericht das Insolvenzverfahren. Das 1934 gegründete Traditionsunternehmen schreibt bereits seit fünf Jahren Verluste. Der Verkauf der Basler Gruppe für 105 Millionen Euro brachte 2002 nur kurzfristig Erleichterung. Zuletzt sank der Jahresumsatz um 10,8 Prozent auf 116 Millionen Euro. Hucke hat die Insolvenz in Eigenverwaltung beantragt und einen Insolvenzplan zur Rettung des Unternehmens inklusive eines Großteils der 581 betroffenen Mitarbeiter erarbeitet.

Am ersten August 2006 wurde das Insolvenzverfahren über die **NICI AG** aus Altenkunstadt eröffnet. Der Hersteller des WM-Maskottchens Goleo war in die Schlagzeilen geraten, nachdem offenbar wurde, dass

Schuld an der Insolvenz nicht der schleppende Verkauf des Löwen ohne Hose war, sondern vielmehr betrügerische Aktivitäten seines Vorstandschefs. Ende Juni hatte der renommierte Insolvenzverwalter Michael Jaffé die Eckpunkte eines Sanierungskonzeptes vorgestellt, in dessen Zuge 99 der insgesamt 580 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Der Hersteller der weltbekannten Hummel-Figuren aus Porzellan, die **W. Goebel Porzellanfabrik GmbH & Co. KG** hat am 5. Juli wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Insolvenz antrag gestellt. Der Geschäftsbetrieb werde aber uneingeschränkt weitergeführt, teilte der Betrieb mit. Das Unternehmen beschäftigt rund 550 Mitarbeiter. Anfang September wurde bekannt gegeben, dass der amerikanische Investor Merrill Lynch einen Massenkredit gewährt habe, mit dem alle Lieferanten bezahlt würden. Insolvenzverwalter Siegfried Beck hofft, das Unternehmen noch vor Weihnachten aus der Insolvenz entlassen zu können.

**Tab. 20: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2006**

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	HEROS Sicherheitsdienste GmbH, Hannover	Wach- und Sicherheitsdienste
	BenQ Mobile GmbH & Co. OHG, München	Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik; Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik und Zubehör
	ARNOLDS Sicherheit GmbH, Essen	Wach- und Sicherheitsdienste
	Eichholz GmbH & Co. KG, Lauda-Königshofen	Bau von Bahnverkehrsstrecken; Brücken- und Tunnelbau u. Ä.
	Georg von Opel GmbH, Frankfurt	Großhandel mit Kraftwagen; Einzel- und Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör
	RINOL AG, Rennigen	Fußboden-, Oberflächen-, Betonsanierungs-, Beschichtungs- und Industriebodentechnik; Prototypenbau sowie Dienstleistungen und Service
	FEAG Fertigungscenter für elektrische Anlagen GmbH, Erlangen	Herstellung von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen; Großhandel mit elektrotechnischem Zubehör und Elektroinstallationszubehör
	Hucke AG, Lübbecke	Herstellung und Vertrieb von Bekleidung und Textilien
	NICI AG, Altenkunstadt	Design, Herstellung und Vertrieb von Geschenkartikeln, Accessoires und Stofftieren;
	W. Goebel Porzellanfabrik GmbH & Co. KG, Rödentel	Herstellung und weltweiter Vertrieb keramischer Artikel, insbesondere Figuren und Gebrauchsgegenstände aus Porzellan und Steingut

Quelle: Creditreform-Datenbank

Zwar findet sich die Insolvenz der WCM Beteiligungsgesellschaft und Grundbesitz AG nicht der Liste der Top-Ten Unternehmensinsolvenzen – nach der Zahl der betroffenen Mitarbeiter. Da dieses Kapitel aller Wahrscheinlichkeit nach aber noch nicht abgeschlossen ist, weil der Maschinenbaukonzern Klöckner Werke in den Sog der Insolvenz gezogen wurde, ist sie zu erwähnen. Wie Mitte November bekannt wurde, haben die Klöckner Werke Forderungen gegen die WCM in Höhe von 80,4 Millionen Euro. Der Schaden aus dem Forderungsausfall könnte im schlimmsten Fall einen höheren dreistelligen Millionenbetrag erreichen. Zugleich gibt es Hinweise, dass die Lage der Muttergesellschaft WCM wesentlich schlimmer gewesen ist, als bisher bekannt. Womöglich war das Unternehmen schon 2005 überschuldet. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

## ■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

### 2.1 Gründungsbilanz

Die Zahl der Unternehmensgründungen ist im Jahr 2006 leicht zurückgegangen. Wurden im Vorjahr noch 910.500 Unternehmen neu in die Register eingetragen, rechnet die Creditreform Wirtschaftsforschung in diesem Jahr mit 905.600 Gewerben. Dies entspricht einem Rückgang um 0,5 Prozent. Während die Neueintragungen leicht gesunken sind, haben sich die Abmeldungen geringfügig erhöht. Im Jahr 2006 wurden 700.500 Betriebe und damit 0,8 Prozent mehr Unternehmen als im Vorjahr aus den Registern gelöscht. Der Saldo aus An- und Abmeldungen verringert sich entsprechend um fast fünf Prozent bzw. mehr als 10.000 Betriebe.

***Gründungen weiter rückläufig***



**Tab. 21: Gründungsbilanz 2006 \*) für Gesamtdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	803.800 (806.600)	- 0,3	635.500 (627.900)	+ 1,2
Handels- register:	101.800 (103.900)	- 2,0	65.000 (67.000)	- 3,0
Gesamt:	905.600 (910.500)	- 0,5	700.500 (694.900)	+ 0,8
<b>Saldo:</b>	<b>205.100</b> <b>(215.600)</b>	<b>- 4,9</b>		

\*) Creditreform-Schätzung; ( ) = 2005

In Westdeutschland sank die Zahl der Neueintragungen um 0,6 Prozent und damit etwas stärker als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Insgesamt 725.900 Betriebe wurden in Westdeutschland im Jahr 2006 gegründet. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Neugründungen im Handelsregister noch deutlicher ab, um drei Prozent in Westdeutschland und um zwei Prozent in Gesamtdeutschland. Nicht zuletzt dieser Umstand deutet darauf hin, dass eine Vielzahl der neuen Unternehmen Klein- und Kleinstgründungen darstellen.

**Tab. 22: Gründungsbilanz 2006 \*) für Westdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	641.400 (643.100)	- 0,3	508.600 (500.500)	+ 1,6
Handels- register:	84.500 (87.100)	- 3,0	54.200 (54.200)	+/- 0,0
Gesamt:	725.900 (730.200)	- 0,6	562.800 (554.700)	+ 1,5
<b>Saldo:</b>	<b>163.100</b> <b>(175.500)</b>	<b>- 7,1</b>		

\*) Creditreform-Schätzung; ( ) = 2005

Im Jahr 2006 wurden in Ostdeutschland 600 Betriebe weniger gegründet als im Vorjahr. Damit war der Rückgang mit minus 0,3 Prozent nur halb so groß wie in Westdeutschland. Entgegen dem gesamtdeutschen Trend stieg die Zahl der Eintragungen ins Handelsregister in Ostdeutschland um drei Prozent. Damit zeigen ostdeutsche Unternehmen eine anhaltende Tendenz,

***Handelsregister im Osten  
beliebter***

in einer Rechtsform mit Handelsregistereintrag zu firmieren und so die Gründung auf eine solidere Basis zu stellen. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Löschungen aus diesem Register um 15,6 Prozent. Damit ist der Rückgang bei den Löschungen im Handelsregister um 13,8 Prozentpunkte stärker als bei den Abmeldungen insgesamt. Der Saldo aus An- und Abmeldungen steigt in Ostdeutschland um 4,7 Prozent auf 42.000 Betriebe.

**Tab. 23: Gründungsbilanz 2006 \*) für Ostdeutschland \*\*)**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	162.400 (163.500)	- 0,7	126.900 (127.400)	- 0,4
Handels- register:	17.300 (16.800)	+ 3,0	10.800 (12.800)	- 15,6
Gesamt:	179.700 (180.300)	- 0,3	137.700 (140.200)	- 1,8
<b>Saldo:</b>	<b>42.000 (40.100)</b>	<b>+ 4,7</b>		

\*) Creditreform-Schätzung; ( ) = 2005; \*\*) inkl. Berlin

„Eine Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn es genügend Unternehmer gibt, die nach wirtschaftlichem Erfolg versprechenden Aktionen Ausschau halten und sich voll für deren Umsetzung engagieren. Nur so kann das kapitalistische System seine Wohlstand bringende Kraft entfalten“, schrieb Lothar Späth am 6.9.2006 im Handelsblatt. Gleichzeitig warnte er vor einem Rückgang des Unternehmensbestands und der Selbständigenquoten, der durch den demografischen Wandel langfristig zu erwarten sei. Dieser könne „doppelt so stark ausfallen, wie jener der Gesamtbevölkerung“.

Bei Betrachtung der langfristigen Entwicklung der Neugründungen fällt der durch die staatlichen Förderprogramme induzierte Gründungsboom im Jahr 2004 auf, als mit 960.500 Neueintragungen der bisherige Höchststand erreicht wurde. Im Folgenden wurde die Gründungsförderung mehrfach reformiert, was auch die Zahl der neu angemeldeten Betriebe gesenkt hat. Dieser rückläufige Trend hat sich im Jahr 2006 fortgesetzt. In der Analyse „Insolvenzen, Löschungen, Neugründungen, 1. Halbjahr 2006“ wurde die jüngste Re-

## **Zweites Jahr nach dem Boom**

form der Gründungsförderung mit Abschaffung der IAG und Einführung des Gründungszuschusses beschrieben. Diese Änderung wird den Trend rückläufiger Neugründungen nicht umkehren, sondern eher verstärken.

**Tab. 24: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2006 \*) in Deutschland**

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	910.500	694.900	215.600
2006 *)	905.600	700.500	205.100

\*) von Creditreform geschätzt

Nicht zuletzt durch die Umfirmierung des Versicherungskonzerns Allianz von einer deutschen Aktiengesellschaft in eine „Europa-AG“ sind die neuen europäischen Rechtsformen, die von der EU seit geraumer Zeit forciert werden, ins öffentliche Interesse gerückt. In Deutschland sind die Umsetzungen des EU-Rechts zur „Societas Europae“ seit Dezember 2004 in Kraft. Bei der Gründung wird eine Grenzüberschreitung verlangt. So muss bei einer Umwandlung die nationale Gesellschaft seit mindestens zwei Jahren eine Tochtergesellschaft in einem anderen EU-Mitgliedsstaat haben. Um grenzüberschreitende Tätigkeiten und europaweiter Sitzverlagerungen auch für kleine und mittlere Unternehmen zu erleichtern, plant die EU-Kommission analog zur SE die Einführung einer Europäischen Privatgesellschaft, einer „Europa-GmbH“. Die derzeitigen Pläne für eine Europäische Privatgesellschaft sehen ein Mindestkapital von 10.000 Euro vor, welches nicht eingezahlt werden muss, sondern einem festgelegten Haftungsumfang der Gesellschafter entspricht. Die Creditreform Wirtschaftsforschung beurteilt solche Pläne kritisch. Insolvenzanfälligkeit und Mindestkapital stehen in einem direkten Zusammenhang. Eine neue Rechtsform mit beschränkter Haftung und

geringem Mindestkapital würde deshalb die Ausfallrisiken erhöhen.

## 2.2 Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung

Unter den 905.600 neu in die Register eingetragenen Unternehmen befinden sich viele Betriebe, die nur eingeschränkt oder gar nicht wirtschaftsaktiv sind. Zur Überprüfung der Wirtschaftsaktivität werden mit Hilfe der Creditreform Wirtschaftsdatenbank die Neueintragungen hinsichtlich Geschäftsverbindung, Kreditwürdigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen beurteilt. Unternehmen, die eines dieser Merkmale aufweisen, können als wirtschaftsaktiv klassifiziert werden. Analog zum Rückgang bei den Neueintragungen insgesamt sinkt auch die Zahl wirtschaftsaktiver Gründungen. Für das Jahr 2006 rechnet die Creditreform Wirtschaftsforschung mit 152.700 hinzugekommenen wirtschaftsaktiven Unternehmen. Das sind 1,5 Prozent bzw. 2.300 Betriebe weniger als im Vorjahr.

**Tab. 25: Wirtschaftaktive Neugründungen in Deutschland im Jahr 2006**

■	Wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	5.700 ( 6.100)
Baugewerbe	11.300 ( 12.500)
Handel	44.500 ( 46.600)
Dienstleistungen	91.200 ( 89.800)
<b>Gesamt</b>	<b>152.700 (155.000)</b>

\*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Die 152.700 neuen Unternehmen verteilen sich unterschiedlich auf die Wirtschaftsbereiche. Mit 91.200 stellt der Dienstleistungssektor den Löwenanteil. Erhebungen zeigen, dass ein Gründer in diesem Bereich in der Regel anfangs nur sich selbst beschäftigt, während Neugründungen im Verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich vier Arbeitsplätze schaffen. Aus der Zahl der neuen wirtschaftsaktiven Betriebe kann unter diesen Prämissen die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze ermittelt werden: Demnach sind im Jahr 2006 durch neu gegründete, wirtschaftsaktive Unternehmen

***Impulse für den Arbeitsmarkt***

225.600 Arbeitsplätze entstanden und damit 6.800 weniger als im Vorjahr.

**Tab. 26: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe 2006 in Deutschland**

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 5.700	22.800
Baugewerbe	2 x 11.300	22.600
Handel	2 x 44.500	89.000
Dienstleistungen	1 x 91.200	91.200
Gesamt	152.700	225.600

\*) gerundet

Ein weiterhin ungelöstes Problem, dem viele potenzielle Gründer gegenüberstehen, ist die Finanzierung der geplanten Unternehmung. Die Vergabe des diesjährigen Friedensnobelpreises an den Gründer der Graemeen-Bank, des ersten auf Mikrofinanzierung spezialisierten Kreditinstituts, hat die Aufmerksamkeit auf die Mikrofinanz-Problematik in Entwicklungsländern gelenkt. Die Finanzierung von Gründern bzw. Klein- und Kleinstunternehmen ist jedoch auch in Deutschland nicht gesichert. Informationsprobleme, hohe Ausfallrisiken und die Asymmetrie von Verwaltungskosten und Kreditsumme sind Hauptgründe für den erschwerten Zugang zu Krediten. Mit einem neuen Mikrofinanzfonds versucht die KfW Bankengruppe Abhilfe zu schaffen. Mit Hilfe des KfW-Mikrofinanzfonds können Banken, die an Existenzgründer und Jungunternehmer Mikrokredite bis zu 10.000 Euro vergeben, das Kreditausfallrisiko abwälzen. Darüber hinaus ist die Vergabe der Mikrokredite mit einer obligatorischen Gründungs- und Unternehmensberatung gekoppelt. Durch diese Maßnahme werden die Ausfallrisiken weiter reduziert.

### **2.3 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern**

Die Unterteilung der Neueintragungen ins Handelsregister nach Wirtschaftszweigen zeigt, dass der Anteil der unternehmensnahen Dienstleister im Jahr 2006 erneut gestiegen ist. Mehr als zwei Drittel der ins Handelsregister eingetragenen Unternehmen kamen aus

***Gründungen meist  
Dienstleister***

diesem Bereich. Es folgen mit weitem Abstand die Groß- und Einzelhändler, deren Anteil an den Neueintragungen insgesamt jedoch rückläufig war (17,3 Prozent in 2006, gegenüber 19,7 Prozent in 2005). Auch die Wirtschaftsbereiche Bau und Verarbeitendes Gewerbe konnten ihren Anteil an den Handelsregisterneueintragungen nicht halten. Sie kommen nur noch auf 2,6 bzw. 2,3 Prozent.

Im Rahmen ihrer „High-Tech-Strategie“ hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, insbesondere Gründungen von Technologieunternehmen zu unterstützen. Es ist beabsichtigt, „sowohl in forschungintensiven Industrien als auch in wissensbasierten Dienstleistungsbereichen die Gründungsdynamik zu forcieren“. Im Vordergrund steht dabei die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten und die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für private Wagniskapitalinvestitionen durch Venture Capital-Geber und Business Angels.

**Tab. 27: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2006**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	14	0,02	5	0,03	19	0,02
Verarbeitendes Gewerbe	1.902	2,25	434	2,51	2.336	2,29
Energie u. Wasser - Versorgung	945	1,12	250	1,44	1.195	1,17
Baugewerbe	1.994	2,36	662	3,82	2.656	2,61
Kfz-Handel	956	1,13	194	1,12	1.150	1,13
Groß- u. Einzelhandel	14.540	17,21	3.092	17,85	17.632	17,32
Gastgewerbe	1.050	1,24	239	1,38	1.289	1,27
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	1.451	1,72	245	1,41	1.696	1,67
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	203	0,24	22	0,13	225	0,22
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	1.730	2,05	340	1,96	2.070	2,03
Datenverarbeitung u. Datenbanken	1.223	1,45	203	1,17	1.426	1,40
Forschung u. Entwicklung	0	0,00	10	0,06	10	0,01
unternehmensnahe Dienstleistungen	57.349	67,87	11.368	65,64	68.717	67,49
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	1.147	1,36	256	1,48	1.403	1,38
<b>Summe</b>	<b>84.504</b>	<b>100,02</b>	<b>17.320</b>	<b>100,00</b>	<b>101.824</b>	<b>100,01</b>

Die insgesamt 101.824 Neueintragungen ins Handelsregister verteilen sich ungleich auf die Regionen. Den größten Zuwachs hat – wie schon im Vorjahr – die Hauptstadt vorzuweisen. In Berlin wurden im Jahr 2006 16,1 Prozent mehr Unternehmen ins Handelsregister eingetragen als im Vorjahr. Den zweitstärksten Anstieg zeigt Sachsen-Anhalt. Nach einem starken Rückgang im Vorjahr (minus 20,2 Prozent) erhöht sich die Zahl der Neueintragungen ins Handelsregister in diesem Jahr um 7,8 Prozent. In absoluten Zahlen finden sich die meisten Eintragungen traditionell in den wirtschaftsstarken westdeutschen Bundesländern. In

Nordrhein-Westfalen wurden in diesem Jahr 22.487 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen, in Bayern 16.149 und in Baden-Württemberg 11.703.

**Tab. 28: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2006**

■	Neueintragungen		Löschungen	Saldo
	absolut	Veränderung zu 2005		
Baden-Württemberg	11.703	+ 5,2	8.376	3.327
Bayern	16.149	- 9,2	9.029	7.120
Berlin	6.851	+ 16,1	3.686	3.165
Brandenburg	2.471	- 8,3	1.708	763
Bremen	1.056	- 11,5	780	276
Hamburg	5.388	+ 2,7	2.458	2.930
Hessen	9.140	- 0,2	6.108	3.032
Mecklenburg-Vorp.	1.318	- 5,9	825	493
Niedersachsen	9.740	- 0,5	5.706	4.034
Nordrhein-Westfalen	22.487	- 5,2	15.413	7.074
Rheinland-Pfalz	3.749	- 1,2	3.014	735
Saarland	914	- 9,6	767	147
Sachsen	3.187	- 8,7	2.452	735
Sachsen-Anhalt	1.875	+ 7,8	1.079	796
Schleswig-Holstein	4.178	- 1,5	2.604	1.574
Thüringen	1.618	+ 3,1	1.005	613
<b>Gesamt</b>	<b>101.824</b>	<b>- 2,0</b>	<b>65.010</b>	<b>36.814</b>

In einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurde der Zusammenhang zwischen regionalen Gründungsraten und den Überlebenswahrscheinlichkeiten neu gegründeter Firmen untersucht. Den Ergebnissen der Studie zufolge deutet vieles auf einen negativen Zusammenhang zwischen der Zahl der Gründungen in einer Region und den Überlebenswahrscheinlichkeiten der neu gegründeten Unternehmen hin. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass in Regionen, in denen mehr gegründet wird, auch ein intensiverer Wettbewerb herrscht. Dies gilt insbesondere für Dienstleistungsunternehmen, die den Großteil der neu gegründeten Unternehmen stellen. Strukturpolitik sollte deshalb nicht nur die Zahl der Neugründungen erhöhen, sondern auch deren „Qualität“ im Auge behalten.



Im Jahr 2006 ist die Zahl der Gründungen zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen. Nachdem der Gründungsboom vor zwei Jahren in hohem Maße auf staatliche Förderprogramme zurückging, kann der aktuelle Abwärtstrend der Neuausrichtung der Gründungsförderung zugeschrieben werden.

### ■ 3 Zusammenfassung

31.300 Unternehmensinsolvenzen sind im Jahr 2006 bei den Gerichten beantragt worden – das entspricht einem Rückgang von 15,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 (36.850). Bei den Insolvenzen natürlicher Personen ist dagegen ein Ende des Anstiegs nicht in Sicht: 89.700 Verbraucher stellten einen Insolvenzantrag (Vorjahr: 68.900; Steigerung um 30,2 Prozent) und 32.100 sonstige Insolvenzen (von ehemaligen Gesellschaftern, überschuldeten Nachlässen sowie Stiftungen und Vereinen) waren zu zählen, was einem Anstieg von 4,2 Prozent im Vergleich zu 2005 entspricht (30.820).

Insgesamt beläuft sich die Zahl der Insolvenzen für das Jahr 2006 auf 153.100 Fälle. Das sind 16.530 Insolvenzen oder 12,1 Prozent mehr als 2005.

Die Unternehmensinsolvenzen nehmen in Ostdeutschland stärker als im Westen ab. Während in den neuen Ländern eine Abnahme um 17,3 Prozent auf 7.300 betroffene Unternehmen zu verzeichnen ist, ist es in den alten Ländern eine Abnahme um 14,3 Prozent auf insgesamt 24.000 Unternehmensinsolvenzen (Vorjahr: 28.020). Dagegen steigen die Insolvenzen von Verbrauchern in Ostdeutschland ungleich stärker an als im Westen: In den neuen Bundesländern sind seit Jahresbeginn 21.500 Verbraucherinsolvenzen beantragt worden, was einer Zunahme um 42,5 Prozent entspricht, im Westen waren es 68.200 im Gegensatz zu 53.810 im vergangenen Jahr (Steigerung um 26,7 Prozent).

Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen wird maßgeblich vom Baugewerbe getragen. Um 22,3 Pro-

zent ging die Zahl der betroffenen Baubetriebe auf 6.030 (Vorjahr: 7.760) zurück. Die Baubranche hat es nach einer mehr als zehn Jahre währenden konjunkturellen Abwärtsbewegung geschafft, sich zu konsolidieren.

Aber auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen haben vor allem die gute Konjunktur, niedrige Zinsen und ein merklich entspannteres Kreditvergabeverhalten der Banken für einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen gesorgt. Die deutsche Volkswirtschaft wächst in diesem Jahr so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Da die konjunkturelle Entwicklung mittlerweile nicht mehr nur durch den Export getragen wird, können auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren, die eher binnenmarktorientiert agieren.

Im Verarbeitenden Gewerbe sanken die Insolvenzen um 14,0 Prozent auf 3.450 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 4.010), im Handel ist ein Minus von 13,9 Prozent auf 6.540 Insolvenzen zu verzeichnen, und bei den Dienstleistern ging die Zahl der Insolvenzen um 12,6 Prozent auf 15.280 Unternehmen zurück.

Trotz der überdurchschnittlichen Rückgänge im Bau bleibt diese Branche der Bereich mit der höchsten Insolvenzdichte insgesamt: Von 10.000 existenten Baubetrieben gingen im Jahr 2006 196 in die Insolvenz. Die durchschnittliche Risikoquote aller Branchen in Deutschland liegt bei 106 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen.

Bei den Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen zeigt sich, dass der Anteil der Klein- und Mikrobetriebe am Insolvenzgeschehen weiter zunimmt, während die Insolvenzbetroffenheit größerer Betriebe stagniert. So stieg der Anteil der Unternehmen mit einer Umsatzgrößenklasse von bis zu 0,1 Millionen Euro um 2,4 Prozentpunkte auf 22,7 Prozent. Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 0,1 und 0,25 Millionen Euro zeigen eine verstärkte Insolvenzbetroffenheit um 1,3 Prozentpunkte auf 24,4 Prozent. Insolvenzgefährdet sind Unternehmen am meisten innerhalb der ersten vier Jahre ihres Bestehens: 31,9 Prozent der Betriebe

scheitern innerhalb dieses Zeitraums (Vorjahr: 31,2 Prozent). Allerdings stieg auch die Zahl der mehr als zehn Jahre am Markt bestehenden insolventen Unternehmen von 34,1 Prozent im Jahr 2005 auf jetzt 35,0 Prozent. Die These von der zunehmenden Insolvenz-betroffenheit kleiner Unternehmen wird auch beim Blick auf die Beschäftigtengrößenzahl untermauert: 77,3 Prozent (Vorjahr: 75,2 Prozent) des Insolvenzge-schehens machen Unternehmen mit bis zu fünf Be-schäftigten aus.

Der Creditreform Bonitätsatlas kann die Insolvenzge-fährdung von Unternehmen auf Bundesländer- und Kreisebene darstellen. Am meisten insolvenzgefährde-te Unternehmen gibt es in Sachsen-Anhalt, die wenigsten in Bayern. Der Kreis mit dem niedrigsten Creditre-form-Risiko-Indikator, der die Ausfallwahrscheinlichkeit misst, ist die Stadt Coburg, gefolgt von Garmisch-Partenkirchen und Lindau am Bodensee. Den höch-sten Creditreform-Risiko-Indikator gibt es in Aschersle-ben-Staßfurt in Sachsen-Anhalt. Es folgen die Kreise Osterode am Harz (Niedersachsen) und Holzminden.

Die Summe der Insolvenzschiäden beläuft sich für das Jahr 2006 auf 31,1 Milliarden Euro. Das sind 6,4 Milli-arden Euro als noch vor einem Jahr. Pro Unterneh-mensinsolvenzfall bleiben durchschnittlich 716.000 Euro an offenen Forderungen uneinbringlich. Vor ei-nem Jahr waren es noch 725.000 Euro. Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste beläuft sich aktuell auf 473.000 Betroffene. Das sind 16,0 Prozent weniger als noch vor einem Jahr und nur geringfügig mehr als der Wert im Jahr 2000 (448.000).

Einhergehend mit der guten konjunkturellen Lage hat sich auch die Finanzierung der Unternehmen in Deutschland deutlich positiv entwickelt. So steigt der Saldo der Ertragslage („Erträge gestiegen“ minus „Er-träge gesunken“) seit dem Tiefpunkt aus dem Jahr 2002 kontinuierlich an, und kratzt aktuell zum ersten Mal seit über zehn Jahren an der Nulllinie (minus 1,1 Prozent). Die Zahl der unterkapitalisierten Betriebe (weniger als zehn Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) hat um 7,3 Prozentpunkte auf 29,3

Prozent abgenommen. Allerdings gibt es immer noch zu wenig Unternehmen mit Eigenkapital über 30 Prozent der Bilanzsumme ausgestattet, nämlich 22,1 Prozent (Vorjahr: 22,2 Prozent). Die Zahl der hohen Forderungsverluste von mehr als einem Prozent im Verhältnis zum Umsatz hat sich im Jahresverlauf um 3,3 Prozentpunkte auf 15,2 Prozent reduziert.

Auch im Jahr 2006 gab es einige spektakuläre Großinsolvenzen – allen voran die BenQ-Pleite. Die größte Unternehmensinsolvenz des laufenden Jahres ist allerdings die des Sicherheitsdienstes Heros, die 4.600 Mitarbeiter betraf. Eine weitere Geldtransporterfirma landete im Ranking der Großinsolvenzen (nach der Zahl betroffener Mitarbeiter) auf Platz drei, nämlich die Arnolds Sicherheit GmbH – wie bei Heros sind auch hier mutmaßliche Betrugereien im Spiel. Auf den weiteren Plätzen folgen die Eichholz GmbH & Co. KG, die Georg von Opel GmbH, die Rinol AG, die Feag GmbH, die Hucke AG, die Nici AG sowie die W. Goebel Porzellanfabrik GmbH & Co. KG.

Die Zahl der Unternehmensgründungen ging leicht zurück: Wurden im vergangenen Jahr noch 910.500 Betriebe neu in die Register eingetragen, sind es aktuell noch 905.600, was einem Rückgang von 0,5 Prozentpunkten entspricht. Die Abmeldungen hingegen verzeichnen einen leichten Anstieg um 0,8 Prozentpunkte auf 700.500. Der Saldo aus An- und Abmeldungen verringert sich damit um 4,9 Prozentpunkte.

152.700 neue wirtschaftsaktive Unternehmen wurden im Jahr 2006 gegründet; im letzten Jahr waren es noch 155.000, was einem Rückgang um 1,5 Prozent entspricht. Den Löwenanteil machen traditionell die Dienstleister aus. Hier wurden 91.200 Unternehmen registriert (Vorjahr: 89.800).

Insgesamt wurden durch die neugegründeten Unternehmen 225.600 Arbeitsplätze geschaffen, das sind 6.800 Stellen weniger als im Jahr 2005. Die Unterteilung der Neueintragungen ins Handelsregister nach Wirtschaftszweigen zeigt, dass der Anteil der unternehmensnahen Dienstleister im Jahr 2006 erneut ge-

stiegen ist. Mehr als zwei Drittel der ins Handelsregister eingetragenen Unternehmen kamen aus diesem Bereich. Es folgen mit weitem Abstand die Groß- und Einzelhändler, deren Anteil an den Neueintragungen insgesamt jedoch rückläufig war (17,3 Prozent in 2006, gegenüber 19,7 Prozent in 2005). Auch die Wirtschaftsbereiche Bau und Verarbeitendes Gewerbe konnten ihren Anteil an den Handelsregisterneueintragungen nicht halten. Sie kommen nur noch auf 2,6 bzw. 2,3 Prozent.

Nach Bundesländern unterteilt verzeichnet die Hauptstadt den größten Anstieg an Unternehmensneueintragungen: Um 16,1 Prozent auf 6.851 Betriebe stieg hier der Anteil an Unternehmensneueintragungen. In absoluten Zahlen finden sich die meisten Unternehmenseintragungen in den bevölkerungsreichen Flächenstaaten: In Nordrhein-Westfalen wurden in diesem Jahr 22.487 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen, in Bayern 16.149 und in Baden-Württemberg 11.703.

Neuss, 30. November 2006

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Annemarie Sahm, Telefon:(02131) 109-229

Kai Kohlberger, Telefon: (02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2006, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*